**Das Krebsgeschwür Antifa – vom Aktivist zum Terrorist?**

Aktuell wird vereinzelt, meist etwas erstaunt, über die relativ hohe Verurteilung der beiden „linken Aktivisten“ (taz) durch das LG Stuttgart zu Haftstrafen von fünf Jahren und sechs Monaten für Diyal A. und zu vier Jahren und sechs Monate für Joel P. wegen „schwerer Körperverletzung und Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall“ berichtet, die Teilnehmer einer so genannten „Querdenker-Demo“ im Mai 2020 ins Koma oder halb blind geprügelt hatten. Sie waren der dank forensischer Leistungen ermittelte Teil einer Horde der 20 bis 40 (genauer konnte man nicht zählen?) maskierten sogenannter „Antifaschisten“, die in der inzwischen schon üblichen und geübten paramilitärischen Formation auf die Demonstranten losgingen. Trotz der erwiesenen „Stampftritte“ auf die Opfer zweifelte das Gericht an einer gezielten Tötungsabsicht, es sei nur „die Nähe eines Tötungsdeliktes“ zu erkennen. Es handele sich um einen "traurigen Fall von ideologischer Verblendung" (Urteilsbegründung). Justitia tut sich schwer mit links.

**Die „Hammer-Bande“**

In den alten Mainstreammedien (MSM) kaum noch zu finden: Ausführlichere Berichte über den Fortgang des Prozesses gegen die so genannte „Hammer-Bande“ vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden (OLG) wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Hauptangeklagte ist Lina E., Mittäter sind Lennart A., Jannis R., Jonathan M. und andere – allesamt bekennende Mitglieder des „militanten Antifaschismus“. Seit Januar 2019 bis zur Festnahme im November 2020 terrorisierten sie „ihre ideologischen Feinde“, ganz gleich ob wegen des Tragens einer Mütze mit dem Logo einer bekannten nationalen Sportmarke, wegen des Betreibens einer Gaststätte, oder wegen der Teilnahme an einem Gedenkmarsch. Die Opfer waren vorher ausgespäht worden, wurden überfallartig, meist aus dem Hinterhalt von der 10 bis 20 Personen starken Terrorgruppe mit Eisenstangen, Teleskopschlagstöcken, Eisenhämmern, Fausthieben und Kopftritten brutal zusammengeschlagen oder mit Pfefferspray verletzt. Der Bundesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation, Junge Nationalisten (JN), Paul Rzehaczek, wurde in seiner Wohnung sogar frühmorgens brutal überfallen. Die Täter gaben sich als Polizeibeamte aus, trugen Westen mit der Aufschrift „Polizei“, fesselten ihn und prügelten ihn mit gezielten Hammerschlägen auf beide Knöchel und den Kopf krankenhausreif. Der Leipziger Kommunalpolitiker, Stadtrat (DIE GRÜNEN) und Rechtsanwalt Jürgen Kasek fand das aber nur halb so wild. Er bezeichnet die Attacke als harmlosen „Besuch“, außerdem sei R. schon nach wenigen Tagen aus dem Krankenhaus entlassen worden. Die signifikant Linksextremismus-offene Landtagsabgeordnete Juliane Nagel (DIE LINKE), setzte sich unmittelbar nach der Festnahme für die Tatverdächtigen ein. Auf das Urteil darf man gespannt sein.

**Mordaufrufe**

*„Töten wir die Schweine mittels Sprengstoff. Die Zeit ist reif für harte Aktionen. Höcke ist solch einer, der umgelegt werden muss*“ lauteten Mitte September 2021 gleich mehrere Internet-Aufrufe linksextremistischer/-terroristischer Antifa-Gruppen. Ausdrücklich wurde dabei -ganz im Stil der damaligen Roten Armee Fraktion (RAF)- darauf hingewiesen, dass auch auf die Personenschützer der Politiker keine Rücksicht genommen werden müsse. Diese Mordaufrufe enthielten auch gleich die vollständigen Namen, Adressen und z.T. Wohnfeldbeschreibungen von 53 AfD-Politikern, vor allem die des thüringischen AfD-Vorsitzende Björn Höcke (s.o.) und des Parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Bundestagsfraktion, Bernd Baumann, und präzise, mehrseitige Bauanleitungen für den Bau von Bomben und Sprengsätze!

Zwei Landeskriminalämter sollen inzwischen die Ermittlungen aufgenommen haben (Focus/BKA), Personenschützer und Staatsschutz seien alarmiert worden. Ist diese „Todesliste“ ein neues Phänomen des aufkommenden Linksterrorismus?

Durchaus nicht. Erst wenige Wochen zuvor griffen Antifa-Schlägertrupps mit Knüppel den schwerstkrebskranken AfD-Politiker Martin H. (61) an, schlugen ihn zusammen und terrorisierten sein Haus, seine Familie und ihn selbst mit Drohaktionen auch danach noch- inmitten seiner Sterbephase! Welch abscheuliches Vorgehen, welche Menschenverachtung! Die Reaktion der Polizei: Lieber keine Anzeige erstatten, weil das zum einen wenig bringe und zum anderen im Zweifel zu noch mehr Aggression führen würde (so seine Familie in einem offenen Brief).

**Die „Entnahme der Menschenfeinde“**

Zuletzt ist im Internet eine Liste der so genannten „250 größten Menschenfeinden“ aufgetaucht, die nach Meinung der Antifa als „personae non gratae“ gelten, die viel gefährlicher als jedes Tier seien und bei denen “eigentlich nur eine Entnahme“ helfen würde. Die Antifa als diplomatische Institution, die über die Exilierung von Menschen befinden dürfe? Die Antifa als eugenetische Organisation, welche die Verbesserung des biologischen Erbgutes einer Sozietät zum Ziel habe und über den Verbleib bestimmter Spezies entscheide? Wie krank ist das denn? Wie abartig der in der Liste gezogene Vergleich mit den 250 schlimmsten Nazis, die, hätte man sie rechtzeitig aus dem Weg geräumt, im zweiten Weltkrieg vielen Menschen das Leben gerettet hätte? Wie verlogen die abschließende Aussage, dass man ja „niemanden zu etwas anstiften“ wolle, weil das ja strafbar wäre aber geschrieben ist geschrieben (und gemeint ist gemeint), auch wenn die Antifa mit Blümchen im Text signalisiert, dass man „ganz ohne physische Gewalt große Probleme bereiten“ könne. Hilfreich bietet der/die Verfasser/in der Liste dem Leser noch 90 Telegram-Kanäle und/oder 93 Twitter-Konten dieser 250 „Menschenfeinden“ zum gefälligen Miß- und Gebrauch an, aber auch den „Menschenfeinden“ selbst, damit diese die Möglichkeit bekämen, „auf die helle Seite der Macht zurück zu wechseln“.

Die Liste selbst ist inhaltlich wirr, unvollständig und widersprüchlich; Die Namen von Politikern, Journalisten, Corona-Leugner, Covidioten, Wissenschaftler und Menschenfeinde purzeln nur so durcheinander, geordnet nur durch das Alphabet ihrer Vornamen; Einzelnen wird expressis verbis das Recht auf Leben abgesprochen (AfD); Einige andere werden -zumeist auf Biertischniveau- lediglich geschmäht; Die meisten nur namentlich genannt, damit die Schmutzarbeit von anderen erledigt werden kann. Ein Rechtsanwaltsbüro in Nordrhein-Westfalen hat sich dieser Liste angenommen und eine Sammelanzeige erstattet. Über das Ergebnis wird noch zu berichten sein.

**„Outing“ – das Tagesgeschäft der Antifa**

Das liegt ganz auf der Wellenlänge sonstiger bekannter Antifa-Aktionen, insbesondere bei den vielen Grundrechts-Demonstrationen im Zusammenhang mit den staatlichen Anti-Covid-Maßnahmen. Wie Schäferhunde umkreisen sogenannte Antifaschisten mit Kameras und starken Tele-Objektiven diese Demonstrationen und lichten Redner, Ordner und Akteure mit Portrait-Fotos ab; andere protokollieren jede der Aussagen der Demoteilnehmer. Wieder andere sorgen für eine intensive Umfeld-Recherche in den „open sources“ über Person, Beruf, Lebenslauf, Aktivitäten und Kontakte. Die Ergebnisse werden mit dem Ziel zusammengeführt, die Demoteilnehmer auf den (anonymen) Antifa-Facebook-Seiten („Schwurbelseiten“) oder auf sonstigen Kanälen sozusagen gegen den Willen der Betroffenen zu „outen“, sprich auf Antifa-Steckbriefen zu diffamieren, anzuprangern, zu verleumden und der öffentlichen Hetze preiszugeben. Wieso kann eigentlich die Antifa ihre „Schwurbelseiten“ ohne Impressum publizieren – gilt das Presserecht für sie nicht?

Erst im vergangenen Sommer hatte der Verfassungsschutz [vor einer Radikalisierung der linksextremen Szene gewarnt.](https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/verfassungsschutz-haelt-gezielte-toetungen-durch-linksextreme-fuer-moeglich/) „Schwere Körperverletzungen der Opfer bis hin zum möglichen Tod werden billigend in Kauf genommen“, hieß es in einem Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz. (krk)

### Linksextreme Gewalttaten nehmen zu

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte bereits im Juni vergangenen Jahres eine deutliche Radikalisierung der linksextremistischen Szene festgestellt. Demnach sei eine Herausbildung „terroristischer Strukturen“ möglich. Auch [„gezielte Tötungen“ politischer Gegner](https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/verfassungsschutz-haelt-gezielte-toetungen-durch-linksextreme-fuer-moeglich/) seien nicht mehr undenkbar, hieß es damals in einer Analyse der Behörde.

[Die Zahl linksextremer Gewalttaten](https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/linksextremer-gewalttaten-steigt/) nahm im vergangenen Jahr deutlich zu. Laut dem Bundesverfassungsschutzbericht registrierten die Sicherheitsbehörden 1.237 solcher Delikte. Dies entspricht einem Plus von 34,3 Prozent gegenüber 2019. (ag)

Die politische Kriminalisierung des in Schnellroda ansässigen [Instituts für Staatspolitik (IfS)](https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2021/schuldig-bei-verdacht-2/) als „gesichert rechtsextreme Gruppierung“ begründet das Landesamt für Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt unter anderem damit, daß das IfS sich bemühe, den „Raum des Sagbaren“ auszudehnen.

Daran ist mindestens zweierlei bemerkenswert: Ein Inlandsgeheimdienst erhebt in der Manier eines Heiligen Offiziums den Anspruch, verbindlich festzulegen, was öffentlich thematisier- und diskutierbar ist und was nicht. Und er agiert dabei als verlängerter Arm eines politisch-medialen Komplexes, der sich nur sicher fühlt, solange der öffentliche Raum durch geheimdienstliche Observation eingehegt und von Furcht und Konformismus durchsetzt ist.

Parteivorsitzende der SPD **Saskia Esken** vor einem Jahr auf Twitter: *„58 und Antifa. Selbstverständlich.“*